

Ein knappes Ja für die Integrationsfachstelle

Nidau Der Gemeinderat konnte sich nicht durchsetzen: Die Fachstelle Integration wird auch in Zukunft fortbestehen. Dies hat der Nidauer Stadtrat gestern in einer hauchdünn entschiedenen Abstimmung bestimmt.

Carmen Stalder

Wie prognostiziert gab in der gestrigen Stadtratssitzung die Zukunft der Fachstelle Integration besonders zu reden. Am Ende konnten die Befürworter der bis anhin befristeten Stelle aufatmen: Dank eines Rückweisantrags der Fraktionen SP und Grüne/EVP sowie mit Unterstützung der PRR werden die 40 Stellenprozente in den definitiven Stellenplan überführt.

Zur Erinnerung: 2014 hat die Gemeinde Nidau die Fachstelle Integration geschaffen. Die auf drei Jahre befristete 40-Prozent-Anstellung hat das Ziel, die Integration der hier ansässigen Migranten zu fördern. Der Gemeinderat wollte die Fachstelle ab Ende Jahr nicht weiterführen, da es nicht mehr Aufgabe der Stadt sei, die Integrationsarbeit zu organisieren. Er habe mit der Schaffung der befristeten Fachstelle ermöglicht, dass im Bereich Integration verschiedene Projekte aufgebaut wurden. Nach Meinung des Gemeinderats wurde diese Aufbauarbeit in den vergangenen Jahren erledigt (siehe auch BT von gestern).

Was will der Gemeinderat?

Im Vorfeld der Sitzung kam es gestern zu einer friedlichen Kundgebung von Mitgliedern, Kursleitern und Schülern der interkulturellen Vereins Internido sowie weiteren Unterstützern der Fachstelle. Mit Transparenten empfingen sie die Ratsmitglieder vor dem Schulhaus Weidteile. Während der Debatte mussten sie sich dann aber zurücknehmen: Gemäss Stadtratsordnung seien nämlich in der Aula keine Transparente erlaubt, erklärte Stadtratspräsident Bernhard Aellig (BDP).

Der Diskussion fehlte es auch so nicht an Emotionen. «Kann sich hier jemand vorstellen, dass die Projekte von alleine weiterlaufen?», fragte Sandra Friedli (SP), Präsidentin des Vereins Internido. Die Mehrheit des Stadtrats war sich einig, dass unklar sei, was der



«Auch wir haben sie gewählt»: Die Integrationsbeauftragte der Stadt Nidau war sich gestern viel Unterstützung sicher. Stefan Leimer

Gemeinderat in Zukunft mit den laufenden Projekten vorhaben. Werden diese weitergeführt, und wenn ja unter welcher Trägerschaft und mit welchen Mitteln? Ein Rückweisantrag der Bürgerlichen, der vom Gemeinderat eine genauere Prüfung gefordert hätte, wurde dann allerdings ganz knapp abgewiesen.

«Betroffene laufen Sturm»

Klar hinter den Gemeinderat stellte sich nur die SVP-Fraktion. «Integration ist Sache der Migranten und nicht der Gemeinde», sagte Oliver Grob. Es sei klar, dass die Betroffenen Sturm laufen, «wenn man ihnen salopp gesagt das Sekretariat wegnimmt». Mit dieser Meinung stand die Fraktion allerdings alleine da.

Philippe Messerli (EVP) entgegnete, dass das Weidteile-Quartier früher als Ghetto gegolten habe, heute dagegen viele Aktivitäten stattfänden. «Wir sollten jetzt nicht in die alten Zustände zurückfallen.» Und Esther Kast (Grüne) ergänzte, dass man verpflichtet sei, Menschen bei der Integration zu unterstützen. «Je früher man anfängt, desto billiger ist es.»

Der Änderungsantrag forderte schliesslich, die bis Ende 2017 bewilligten 40 Stellenprozente für eine Fachstelle Integration in den Stellenplan zu überführen. Diesem Antrag wurde mit 15 Ja- zu 14 Nein-Stimmen knapp zugestimmt. Die gegen 40 Besucher der Sitzung dankten dem Entschcheid mit Applaus und freudigen Rufen.

Rechnung genehmigt, Janu darf zügeln

Im Schnelltempo konnte Stadtratspräsident Bernhard Aellig (BDP) die Jahresrechnung 2016 durchgehen, Kritik daran gab es kaum. Sie schliesst denn auch mit einem Gewinn von 873 138 Franken ab. Mit 27 Ja-Stimmen bei zwei Enthaltungen wurde die Rechnung deutlich genehmigt.

Grosse Freude dürfte bei den Mitarbeitern und Jugendlichen der Jugendarbeit Nidau und Umgebung Janu herrschen: Sie können ihr in die Jahre gekommenes Lokal gegen das Kreuz Nidau eintauschen. Der Stadtrat hat dafür einen jährlichen Kredit von 30 320 Franken für die Miete be-

willigt. Schon im Juli könnte der Vertrag mit der Stiftung Wunderlampe, der Eigentümerin des früheren genossenschaftlichen Restaurants, abgeschlossen werden.

Mehrere Traktanden widmeten sich der Schulraumplanung von Nidau. Die Projektänderung beim Neubau des Schulhauses Beunden Ost sorgte dabei für Misstöne. Statt dem geplanten Studienauftrag wird nun ein Projektwettbewerb gefordert. «Ich lege dem Gemeinderat ans Herz, in Zukunft von Anfang an richtig zu starten», sagte Oliver Grob (SVP). Die Änderung wurde aber am Schluss einstimmig angenommen. *cst*

Nachgefragt

«Kommt nicht infrage»



Virginie Borel
Geschäftsführerin
Forum für die
Zweisprachigkeit

«Finger weg von meinen Landessprachen»: Diesen Pin und einen offenen Brief schickte das Forum für die Zweisprachigkeit an den Thurgauer Grossrat. So sollten die Politiker überzeugt werden, das Frühfranzösisch nicht abzuschaffen. Mit Erfolg.

Virginie Borel, der Thurgau schafft das Frühfranzösisch nun doch nicht ab. Ist das der Verdienst Ihrer Aktion?

Virginie Borel: Das glaube ich nicht. Aber wer weiss: Vielleicht haben ein oder zwei Personen dadurch doch gemerkt, wie wichtig die Zweisprachigkeit in der Schweiz ist. Mehr Einfluss hat aber sicher die Entscheidung des Kantons Zürich gehabt. Dieser hat sich klar für das Frühfranzösisch eingesetzt.

Weshalb sollte ein Thurgauer überhaupt Französisch lernen? Die Sprachgrenze ist weit weg.

Es kommt nicht infrage, dass sich ein Thurgauer und ein Lausanner auf Englisch unterhalten. Deutsch und Französisch sind unsere beiden Hauptsprachen. Das gilt umgekehrt natürlich auch für einen Genfer, der die Deutschschweiz besucht.

Was sind die nächsten Schritte des Forums für die Zweisprachigkeit?

Wir möchten mehr mit der Wirtschaft zusammenarbeiten. Diese soll betonen, wie wichtig es für den Arbeitsmarkt ist, beide Landessprachen zu beherrschen. Zudem werden wir die Bevölkerung weiterhin auf die Zweisprachigkeit sensibilisieren. Wichtig ist auch, herauszufinden, warum viele Jugendliche am Ende ihrer Schulkarriere nur eine von zwei Landessprachen sprechen. Warum ist das so schwierig? Damit setzen wir uns in Zukunft auseinander. *Interview: Carlo Senn*

Lyss erhält Unterstützung von Erich Hess

Bundesasylzentrum Anfang April machte das Staatssekretariat für Migration (SEM) klar, dass es das Kasernenareal in Lyss in ein Bundesasylzentrum mit 350 Schlafplätzen umfunktionieren will. Dies, obwohl das Durchgangszentrum Kappelen 2019 zu einem Bundeszentrum umfunktioniert wird. In der Gemeinde Lyss gab es umgehend Widerstand, Gemeindepräsident Andreas Hegg (FDP) sagte, dass man sich mit allen Mitteln gegen ein zweites Bundesasylzentrum wehren werde. Nun erhält Lyss auch noch Unterstützung auf Bundesebene – und zwar von Nationalrat Erich Hess. Wie der SVP-Hardliner gestern mitteilte, will er mit einer Motion den Bundesrat dazu bringen, auf das zweite Bundesasylzentrum zu verzichten. «Mit zwei Zentren würde die Belastung für die ansässige Bevölkerung zu gross», findet Erich Hess. Gemeindepräsident Andreas Hegg freut es: «Für uns ist jegliche Unterstützung unseres Anliegens gut.» *cha*

Schulorganisation bringt Steuererhöhung mit sich

Grossaffoltern Der Gemeinderat hat der Bevölkerung die Varianten für die neue Schulraumplanung aufgezeigt. Kommenden November wird an der Urne über die Varianten abgestimmt.

Die Schulhäuser in den Dörfern Grossaffoltern, Suberg, Ammerzwil und Vorimholz sind alle sanierungsbedürftig und entsprechen teilweise nicht mehr ganz den heutigen Vorschriften. Die Summe der Fläche der vier Schulhäuser ist für den Schulbetrieb zwar genügend, jedoch ist der Schulraum ungünstig verteilt und wird den heutigen Anforderungen an die Schulstufen nur noch teilweise gerecht. Neue pädagogische Methoden und Organisationsformen verlangen eine Modernisierung des Schulraumprogramms.

Um künftig eine langfristige, zeitgemässe sowie finanzierbare Schulorganisation- und Raumlösung als Ziel zu haben, wurden in

einer Machbarkeitsstudie vier mögliche Modellvarianten erarbeitet und der Bevölkerung am vergangenen Mittwoch in der Mehrzweckhalle Grossaffoltern vorgestellt.

Nebst dem aktuellen Schulsystem «Status quo», stehen die Modellvarianten mit einer Gesamtschule in Grossaffoltern oder zwei Schulstandorten in Grossaffoltern und Suberg zur Auswahl. Für die genannten Schulmodelle wurden Grobkostenschätzungen vorgenommen sowie die Betriebs- und Kapitalkosten aufgezeigt.

Das Stimmvolk entscheidet

Die Informationsveranstaltung hatte zum Ziel, der Bevölkerung die Vor- und Nachteile sowie die nötigen baulichen Massnahmen der einzelnen Modellvarianten aufzuzeigen. Im Weiteren diente diese Informationsveranstaltung als Grundlage hinsichtlich der Urnenabstimmung über das zukünftige Schulmodell Grossaffolterns vom 26. November. Im Hinblick auf diese Urnenabstimmung hat der Gemeinderat entschieden, die Modellvarianten mit

einem Schulstandort in Grossaffoltern mit der Benützung der Turnhalle Suberg sowie zwei Schulstandorten in Grossaffoltern und Suberg den Stimmbürgern zur Abstimmung zu unterbereiten.

Die Modellvariante mit einem Schulstandort in Grossaffoltern und dem Neubau einer zusätzlichen Turnhalle wurde insbesondere aus Gründen der finanziellen Tragbarkeit vom Gemeinderat nicht weiter berücksichtigt. Beide zur Abstimmung stehenden Modellvarianten bedürfen neue Schulräume für sechs Klassen und erfordern verschiedene Anpassungen sowie Umstrukturierungen der bestehenden Schulliegenschaften.

Wird eine dieser Modellvarianten im Herbst dieses Jahres bei der Urnenabstimmung angenommen, müssen einerseits die Aspekte des Schulweges und andererseits die Nachnutzung der allenfalls wegfallenden Schulstandorte in Suberg, Ammerzwil und Vorimholz noch im Detail überprüft werden.

Werden beide Modellvarianten bei der Urnenabstimmung abge-

lehnt, bliebe es beim «Status quo» und somit bei den bisherigen vier Standorten. Trotz ebenfalls erheblicher Kostenfolge kann laut der Gemeinde bei dieser Modellvariante keine Modernisierung des Schulsystems und keine Verbesserung der Schulorganisation erzielt werden.

Steuererhöhung nötig

Sämtliche Modellvarianten sehen eine Steuererhöhung zwischen einem und zwei Steuerzehntel vor. Gemeinderätin Susan Schürch gab den Vorteilen des neuen Schulsystems aber mehr Gewichtung. «Die Schule Grossaffoltern an einem oder zwei Schulstandorten zu betreiben, wäre eine langfristige, stabile und flexible Lösung», sagte sie.

Im Anschluss an die Präsentation der Machbarkeitsstudie konnten die Anwesenden Fragen zu den vorgestellten Modellvarianten und deren Auswirkungen stellen. Das Interesse war breit gefächert vorhanden. Welche Variante präferiert wird, konnte jedoch (noch) nicht ausgemacht werden. *Heidi Flückiger*

Elmar Mock gewinnt nicht

Erfinderpreis Gestern war für den Bieler Swatch-Miterfinder und Creaholic-Gründer Elmar Mock der grosse Tag. Im Arsenal von Venedig fand die Verleihung der Europäischen Erfinderpreise statt. Mock war in der Kategorie «Lebenswerk» nominiert. Auf Mock und Creaholic gehen einige hundert Patente und mehrere Start-ups zurück, wie dies an der Feier in Venedig dem Publikum in einem Film gezeigt wurde. Zu erfinden, das sei nicht ein linearer Prozess, sagt Mock darin, während er durch ein Labyrinth geht. Das wichtigste dabei sei die Neugierde, sodass schliesslich «die Vögel schwimmen und die Fische fliegen lernen». Es half nichts: Den Preis fürs Lebenswerk erhielt nicht Mock, sondern der Italiener Rino Rappuoli, der als Mikrobiologe gewichtigen Anteil an der Entwicklung von Impfstoffen hat. Mock dürfte es mit Fassung tragen, sagt er doch: «Ein Lebenswerk ist nicht ein Ende, sondern ein Anfang. Creaholic ist mein Vermächtnis und jene Erfindung, auf die ich am meisten stolz bin.» *tg*